

Der Mainzer Innenminister Karl Peter Bruch hat höchst erfreut verkündet, dass Rheinland-Pfalz "eines der wichtigsten Standbeine der US-Streitkräfte weltweit bleibt".

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 102/08 – 11.07.08**

Bruchs untauglicher Versuch, einen landespolitischen Irrweg als großen Erfolg zu verkaufen

Mit "Bruch: Alle US-Militärstandorte gesichert" und "Weniger Standorte für US-Army" sind zwei Artikel im Südwestteil und im Lokalteil der Kaiserslauterer Ausgabe der RHEIN-PFALZ vom 10.07.08 betitelt. Widersprüchlich wie die beiden Überschriften waren wohl auch die Äußerungen, die der rheinland-pfälzische Innenminister Karl Peter Bruch bei seiner Pressekonferenz am 09.07.08 in Mainz gemacht hat.

In einem Dossier auf der Website der Landesregierung hieß es am 09.07.08: "Der US-Militärflughafen im rheinland-pfälzischen Spangdahlem soll gestärkt werden. Wie Innenminister Karl Peter Bruch mitteilte, sei geplant, (der Flugplatz solle) künftig nicht mehr nur Knotenpunkt und Landeplatz von Kampffliegern des Typs F 16, sondern auch von Großflugzeugen zu sein."

Im Südwestteil der o. a. RHEINPFALZ war zu lesen. "Dort (in Spangdahlem) soll die Zahl der F-16-Kampffjets erhöht und alte gegen neue Modelle ausgetauscht werden."

Dazu ist zunächst einmal zu sagen, dass nach der Verlängerung der dortigen Start- und Landebahn schon jetzt häufiger Großtransporter über Spangdahlem verkehren, weil auf der neuen Start- und Landebahn der US-Air Base Ramstein gerade an der Beseitigung gefährlicher Risse gearbeitet wird (s. LP 072/08). Sollte sich dabei herausgestellt haben, dass der Frachtflughafen im Landstuhler Bruch, einem ehemaligen Moor, keine Zukunft hat, weil er den hohen Belastungen durch landende US-Großtransporter mit voller Ladung auf Dauer nicht gewachsen ist? Wird deshalb der US-Frachtflugverkehr künftig verstärkt über Spangdahlem abgewickelt? Warum sollten dann aber zusätzliche US-Kampffjets dort stationiert werden? Das Nachfolgemodell der F-16 ist die F-22. Die US-Air Force konnte sie aus Geldmangel bisher nur in geringen Stückzahlen beschaffen. Sie dürfte erst Mitte des nächsten Jahrzehnts in Spangdahlem auftauchen, wenn die US-Flugplätze Ramstein und Spangdahlem nicht einfach ihre Rollen tauschen. Mehr US-Kampffjets in Spangdahlem oder Ramstein bedeuten aber auf jeden Fall verstärkten Fluglärmterror in der TRA Lauter und über den POLYGONEN. Darüber hat Bruch allerdings kein Wort verloren – in seinem Heimatstädtchen Nastätten im Rhein-Lahn-Kreis zwischen Koblenz und Wiesbaden dürfte militärischer Fluglärm ja auch kein allzu großes Problem sein.

Widersprüchlich sind auch die Aussagen Bruchs zu den US-Standorten Baumholder und Kaiserslautern. Das jetzt noch in Baumholder stationierte 2nd Brigade Combat Team (Kampfteam der 2. Brigade) der 1st Armored Division (der 1. US-Panzerdivision), das zur Zeit seinen dritten Kampfeinsatz im Irak ableistet, wird auf jeden Fall im Jahr 2012 in die USA zurückkehren. (s. auch LP 082/08)

In der Nachrichtensendung RHEINLAND-PFALZ AKTUELL des SWR-Fernsehens vom 09.07.08 wurde zu Bruchs Pressekonferenz berichtet: "Wenn die 1. Panzerdivision – wie geplant – in vier Jahren aus Baumholder abzieht, folgt entweder eine neue Einheit oder eine Logistik-Brigade."

Die Verlegung einer weiteren Kampfeinheit nach Baumholder ist eher unwahrscheinlich, weil die beiden in der Bundesrepublik verbleibenden US-Kampfbrigaden bereits in Ansbach und Grafenwöhr in Bayern stationiert sind. Da die größte Logistik-Einheit der US-Army in Europa, des 21st Theater Sustainment Command, auf mehrere Kasernen und Depots in Kaiserslautern verteilt ist, wäre dessen teilweiser oder kompletter Umzug nach Baumholder wahrscheinlicher, denn nach Bruchs Angaben sollen die 13 Einrichtungen der US-Army in Kaiserslautern auf drei zusammenschmelzen. (s. auch LP 183/07)

Erfreulich für Kaiserslautern wäre, wenn der letzte Schutzwald auf dem Opelgelände im Westen der Stadt, wie in der RHEINPFALZ angegeben, nicht einer Umgruppierung der US-Army geopfert würde und durch die Aufgabe von Kasernen und Depots im Osten der Stadt dringend gebrauchte Gewerbeflächen frei würden.

Neben den vielen Fragen, die Bruchs Pressekonferenz offen gelassen hat, wurde die Schizophrenie einer "Politik der Konversionsvermeidung", wie sie Beck und Bruch betreiben, wieder einmal überdeutlich. Einerseits ist man zu Recht stolz auf die wirklich erfolgreiche Konversion ehemaliger Militäreinrichtungen (s. LP 087/08), andererseits prahlt Bruch in den o. a. Fernseh-Nachrichten: "Wir sind das einzige Bundesland, das so viele endgültige Standorte mittlerweile im Lande hat." Insgesamt gebe es fast 53 US-Einrichtungen in Rheinland-Pfalz. Er fügt dann noch hinzu: "Die Amerikaner erwarten einfach, dass mit ihnen über alle diese Fragen immer wieder geredet wird und auch klargemacht wird, wer tut was, und für was tun wir es." Weil sich Bruch häufig in der deutschen Grammatik verhaspelt, erklärte die Berichterstatterin in dem SWR-Beitrag, was er damit eigentlich gemeint hat: Die Landesregierung schätze den wirtschaftlichen Nutzen der US-Streitkräfte in Rheinland-Pfalz auf rund 1,5 Milliarden Euro pro Jahr.

Diese "Schätzung" beruht einzig und allein auf fantasievollen US-Angaben, die noch nie von kritischen deutschen Instanzen überprüft wurden. Die Anzahl der Arbeitsplätze bei den US-Streitkräften geht ständig zurück (s. LP 81/08). Hohe Leerstände bei Mietobjekten für Amerikaner lassen alle privat zu finanzierenden Neubau-Programme der HIRP Housing Initiative Rheinland-Pfalz als reine Spekulationsprojekte erscheinen, die den rheinland-pfälzischen Steuerzahler 15 Jahre lang viel Geld kosten werden. Umsätze mit US-Kunden tendieren wegen des schwachen Dollars in allen einschlägigen einheimischen Branchen gegen Null. Bei einer realistischen Gegenrechnung, die alle deutschen Zahlungen für Einrichtungen der US-Stationierungsstreitkräfte, die entgangenen Steuereinnahmen und die Folgekosten der Umweltverschmutzung und des erhöhten Erkrankungsrisikos in der Nähe der US-Flugplätze berücksichtigt, bleibt unterm Strich ein dickes rotes Minus, das wir alle zu tragen haben.

Außerdem sind die Duldung der völkerrechts- und verfassungswidrigen US-Angriffskriege im Mittleren Osten und jede verwaltungstechnische oder finanzielle Beihilfe dazu nicht nur moralisch verwerflich, sondern nach Artikel 26 unseres Grundgesetzes auch strafbar. Wer alles tut, damit sich die brutale US-Soldateska möglichst lange und möglichst kostengünstig in unserem Bundesland aufhalten kann, wird zum Komplizen von Kriegsverbrechern und sollte mit ihnen gemeinsam vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag gestellt werden. Aber den US-Ehrenobristen Bruch, der als Innenminister eigentlich für Recht und Ordnung zuständig ist, lässt das völlig kalt. Bei seiner nächsten USA-Reise im Dezember 2008 hat er sicher wieder neue "Weihnachtsgeschenke" im Gepäck, damit seine "amerikanischen Freunde" auch in Zukunft von Rheinland-Pfalz aus mordend und brennend in immer neue Eroberungskriege ziehen können.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern